Am 28. September findet der Internationale Aktionstag für einen legalen und sicheren Schwangerschaftsabbruch ab. Initiert wurde er von Frauen aus Lateinamerika. In Deutschland ruft das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung mit folgendem
Aufruf
zu bundesweiten Aktionen an diesem Tag auf:

Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetzbuch!

Die meisten Menschen denken, dass Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland problemlos möglich sind. Dies trifft jedoch nicht zu. Auch hierzulande wird das Recht auf selbstbestimmte Familienplanung und sexuelle Selbstbestimmung angegriffen: Trotz vielfältiger Proteste bleibt bis heute das grundsätzliche Verbot zum Schwangerschaftsabbruch mit den Paragrafen 218/219 im Strafgesetzbuch (StGB) bestehen. Schwangerschaftsabbrüche werden somit kriminalisiert, und dadurch weiterhin gesellschaftlich geächtet und tabuisiert, anstatt als Teil der öffentlichen Gesundheitsversorgung zu gelten.

Auch nach der völlig unzureichenden Änderung des § 219a StGB aufgrund des Drucks einer breiten zivilgesellschaftlichen Kampagne bleiben die Möglichkeiten für Ärzt*innen zur Information eingeschränkt: Noch im Juni wurden zwei Ärztinnen zu insgesamt 4000 Euro Strafe verurteilt, weil sie auf ihrer Internetseite darüber informieren, dass ein „medikamentöser, narkosefreier" Schwangerschaftsabbruch zu ihrem Leistungsspektrum gehört. Das ist nicht hinnehmbar!

Wir haben bundesweit kein flächendeckendes Angebot von ÄrztInnen oder Kliniken, die Abbrüche durchführen. So müssen ungewollt Schwangere in vielen Gegenden mehrere Stunden Weg auf sich nehmen, um zur nächsten Praxis zu gelangen. Häufig treffen sie dort auf Abtreibungsgegner*innen, die die Praxen und Beratungsstellen belagern und versuchen, Druck auf die Schwangeren aufzubauen. Durch Stigmatisierung und Kriminalisierung, sowie mangelnde medizinische Ausbildung, schrumpft auch das bestehende Angebot bedrohlich weiter.

Anstatt diesen Versorgungsengpass zu beseitigen, hat Bundesgesundheitsminister Jens

Spahn 5 Millionen Euro zur Erstellung einer Studie freigegeben, die nur zeigen kann, was längst empirisch belegt ist: Ein Schwangerschaftsabbruch ist kein Auslöser für psychische Probleme. Im Gegenteil, neuere Studien deuten darauf hin, dass vielmehr ungewollt Schwangere, denen der Abbruch verwehrt wurde, häufiger unter psychischen und anderen gesundheitlichen Problemen leiden, als jene, die eine ungewollte Schwangerschaft beenden konnten.

Das Beenden von ungewollten Schwangerschaften war und ist in allen Gesellschaften und zu allen Zeiten üblich und unumgänglich. Fundamentalistische Christ*innen und konservative, rechte Parteien weltweit haben das Thema Schwangerschaftsabbruch ganz oben auf ihre Agenda gehoben, um damit kirchliche bzw. staatliche Kontrolle über unsere Körper zu erlangen.
.

Taktisch präsentieren sich Fundamentalist*innen dabei oft als vermeintliche Schützer*innen von behindertem Leben, und versuchen Feminist*innen und Behindertenrechtsaktivist*innen gegeneinander auszuspielen und moralisch zu diskreditieren. Was dieser vorgebliche Lebensschutz jedoch ignoriert:

Weltweit sterben jährlich nachweislich mindestens 22.800 ungewollt Schwangere an den Folgen eines unsicheren, unprofessionell durchgeführten Schwangerschaftsabbruchs. Das zeigt, wie wichtig es ist, legale und sichere Abbruchmöglichkeiten durchzusetzen. Auch in Deutschland wird in 15% der Abbrüche noch die von der WHO als „weniger sicher“ klassifizierte Ausschabung als Methode gewählt. Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch muss Teil der Gesundheitsversorgung sein!

Am 28. September ist der internationale Tag zur Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen mit weltweit stattfindenden Aktionen. Wir rufen dazu auf, auch in Deutschland bundesweit am 28. September auf die Straße zu gehen, um internationale Solidarität zu zeigen und uns unsere sexuelle Selbstbestimmung zu erkämpfen:

Wir bestimmen, ob wir eine Schwangerschaft austragen wollen! Wir lassen uns unsere Selbstbestimmung von Choice-Gegner*innen, Konservativen und Rechten nicht nehmen! §§ 218/219 müssen raus aus dem Strafgesetzbuch.

Wie könnt ihr unterstützen?

- Organisiert Veranstaltungen und Aktionen rund um das Thema sexuelle Selbstbestimmung: Filmvorführungen, Podiumsgespräche, Lesungen, Flashmobs, Kundgebungen, Infostände, Solipartys, Buttonworkshops, Konzerte, Mahnwachen, Lesekreise,…
- Nutzt die Woche, um die Gründung von Pro-Choice-Gruppen zu initiieren und organisiert ein Auftakttreffen: Beratungsstellen, Ärzt*innen, Anwält*innen, Eltern, Katholik*innen, Medizinstudierende, Künstler*innen,… es kann gar nicht genug Menschen geben, die für sexuelle Selbstbestimmung eintreten.
- Unterstützt die Öffentlichkeitsarbeit durch Pressemitteilungen oder eine Aktionswoche auf Social Media. Diese könnt ihr nutzen, um eure Community zu Themen rund um die reproduktiven Rechte aufzuklären.
- Teilt diesen Aufruf und leitet ihn an Interessierte, über Verteiler und in euren Netzwerken weiter.

Meldet eure Aktion bitte kurz an info@sexuelle-selbstbestimmung.de . So taucht eure Aktion in der bundesweiten Pressemitteilung auf und wir können mit vielen Aktionen in vielen Städten an die Öffentlichkeit gehen.

Wir Courage-Frauen beteiligen uns an den Aktionen und machen sie bekannt.